

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und Alliiertes Anzeigerblatt. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch die Post 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung Streik usw. entfällt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preisklasse oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise, Reklameweise 40 Pfg., Ausnahmungsgebühr 50 Pfg. für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher ausgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laufen, zusätzlich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 21

Donnerstag, den 18. Februar 1930

32. Jahrg.

Neues in Kürze.

* Das französische Kabinett Lardoux ist wegen einer Abstimmung über Finanzfragen gekürzt. Neuer die Ministere verläut noch nichts bestimmtes.

* In dem neu abgeschlossenen deutsch-polnischen Roggenvertrag beträgt das Mengenerhältnis des von Deutschland und Polen zu exportierenden Roggens 60 zu 40.

* Im Preussischen Landtag hielt der Landwirtschaftsminister Dr. Steiger eine Rede, in der er sich sehr eingehend über alle einschlägigen Beziehungen äußerte.

* Das Reichskabinett hielt eine Beratung ab; in der in der Hauptfrage über Einparungsmöglichkeiten im Haushalt für 1930 verhandelt wurde.

Erste internationale Zoll-Konferenz.

Man kann nicht gerade behaupten, daß die Konferenz, die hier im Völkerverbundhaus am Montag zusammentrat, und über einen mehrjährigen Zollverhandlungsdauer beraten will, unter günstigen Vorzeichen ihre schwierigste Arbeit beginnt. Bis vor dem Zweck dieser Zusammenkunft, eine Ueberbrückung über die Stabilisierung der Welle auf dem augenblicklichen Niveau zu handhaben, durch die Zollhöhenungen der letzten Monate immerhin in Frage gestellt. Eine beträchtliche Anzahl europäischer Länder hat ihre Zölle nämlich unmittelbar vor dem Beginn der Konferenz herabgesetzt. Schweden, Finnland, Italien, Deutschland, die Tschechoslowakei, Rumänien, Oesterreich, Ungarn und, wenn auch in geringer Weise (Zölle für Automobile und Automobilzubehör) Frankreich haben ihre Zölle erhöht, und man kann sich hin und wieder des Verdachtes nicht erwehren, daß diese Erhöhungen sich wahrscheinlich nicht so schnell und nicht unmittelbar nacheinander ergeben hätten, wenn nicht eben die Zollkonferenz vor der Tür stünde und die einzelnen Staaten nun vor der Gesamtheit nach sich die möglichen Zollmaßnahmen, die sich vielleicht sonst im Lauf der nächsten Jahre als nötig erweisen hätten, von vornherein sichern wollten. Man kann natürlich diese Haltung vom Standpunkt des einzelnen Staates und der einzelnen Wirtschaft aus vollkommen verstehen, denen man nicht zumuten darf, um des Wohlgegens einer Konferenz willen wichtige nationalwirtschaftliche Interessen zu opfern. — aber auf der anderen Seite wird ein derartig auffälliges Zusammenstreffen von Zollbehörden vor einer „Zollrechtskonferenz“ auch nicht gerade die Ansichten auf ein gutes Gelingen des unternommenen Wertes steigern können.

Die Vorgesandten der Konferenz ist nicht mehr unbekannt. Man weiß, daß die Idee zur „Trobe douanière“, wie man der Zollfriede in Gené zu nennen pflegt, nach einer Rede des belgischen Delegierten Hermanns vom englischen Handelsminister Graham in der letzten Welterbündungsverammlung aufgenommen wurde, daß sodann der zweite Ausschuss der Welterbündungsverammlung sich näher mit der Frage eines Zollverhandlungsdaueres auf zwei bis drei Jahre befaßte und daß daraufhin die Vollerbündungsverammlung dem Sekretariat und dem Wirtschaftsausschuss den Auftrag gab, eine allgemeine Zollkonferenz vorzubereiten und für das Abkommen, in dem sich der Zollfriede darstellen sollte, einen Entwurf auszuarbeiten. Das ist dann auch geschehen, der Entwurf liegt vor, wurde an die einzelnen Regierungen geschickt und diese dabei zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen. Alle europäischen Länder mit der Ausnahme Mexikos — von dem hochachtbar Japans behaupten, daß es durch die italienische Delegation vertreten sei — wollen sich an der Konferenz beteiligen, von den außereuropäischen Staaten nur Japan und Cuba, während China, Brasilien und die Vereinigten Staaten einen Beobachter entsenden. Aus dieser Verteilung der Teilnehmerstaaten geht schon deutlich hervor, daß es sich hier um eine fast ausschließlich europäische Sache handelt. Diese Tatsache ist gewiß französischer Kreise nicht unerwünscht, denen von Anfang an daran gelegen haben mag, eine Ueberbrückung auf betont festländischer Grundlage zu begründen, die sich dann natürlich gegen die Engländer richten würde. Weniger zufrieden dürfen aber die Engländer sein, die schon der ganzen Natur ihres Empires nach unmöglich einen Zollfriede mit einer mehr oder weniger indirekten Tendenz gegen überseeische Mächte einhängen können. — da ihnen vielmehr ein zollpolitisches Europa als offener Markt auch für außereuropäische Wirtschaften vorsteht. In diesem Zusammenhang verdienen übrigens die vor nicht langer Zeit in der Presse aufgetauchten Gedanken eines Zollverhandlungsdaueres innerhalb des britischen Empires, also zwischen England und den Dominien, besondere Beachtung. Auch Deutschland, die dritte europäische Wirtschaftsmacht, wird sich schon um der Struktur seiner Wirtschaft und ihrer transatlantischen Beziehungen willen betei-

lichtig davor hüten, irgendeine Bindung einzugehen, die eine Spitze gegen Amerika tragen würde. Nordamerika ist sich seinerseits durchaus darüber klar, daß die Konferenz unter Umständen einen antiamerikanischen Akzent erhalten könnte.

Doch werden sich für die kommende Konferenz nicht nur aus dem — konferenzpolitisch gesehen — misslichen Zusammentreffen von Beratungsbeginn und Zollhöhenungen und aus den vielleicht zu erwartenden verschiedenen politischen Auswertungen der Konferenzarbeit entscheidende Schwierigkeiten ergeben, sondern in viel konkreterem Sinne auch aus dem Konventionsprojekt selbst, dem die Konferenz die endgültige Form geben soll. Hier sei nur an drei wesentliche Punkte erinnert, in denen der Entwurf eine fluge Zurückhaltung übt und die Entscheidung der Konferenz überläßt. An die Frage des Stichtags, von dem ab die Wirkung des Zollmassenstillstandes gerechnet werden soll, weiter der Dauer des Abkommens und schließlich an die Frage der Definition der Wirtschaftskategorie, die befreit ist unter das Abkommen fallen sollen.

So geringfügig indes auch die Ausichten für einen tatsächlichen Zollfriede oder Zollmassenstillstand, — dem ja dann ein „Frieden“ folgen müßte — sein mögen, so wird ein Umstand der Konferenz doch ihre besondere Bedeutung geben. Fast alle wichtigen Staaten lassen sich durch einen oder mehrere Minister (Handels-, Landwirtschafts-, Finanzminister) bei dieser ersten Zollkonferenz vertreten, und es ist klar, daß eine Zusammenkunft der verantwortlichen Leiter der Wirtschaftspolitik auch Gelegenheit zu verknüpfter Fühlungnahme, zu Anregungen und vielleicht auch für die Zukunft politisch wichtiger Ausprüche über besondere Wirtschaftsprobleme bestimmter Länder geben wird.

Einparungen des Reichskabinetts.

Wehretat für 1930.

— Berlin, 19. Februar.

Die Beratungen des Reichskabinetts über die Ausgaben des Haushalts für 1930 haben die Etatarbeiten einen wesentlichen Schritt vorwärts gebracht. Am besonderen ist es unumkehrbar gelungen, Klarheit über die notwendigen Einparungen bei den Hauptteilen zu schaffen, bei denen die Einparungen kritisch waren. Der Reichswehrminister Grosse hat über die vom Reichsfinanzminister vorgelegten Einparungen eine Kabinettsentscheidung verlangt. Der vom Reichswehrminister vorgelegte Etat war um mehr als 50 Millionen Mark höher als der Wehretat in seiner jetzigen Gestalt. 1930 sind 700 Millionen als Ausgaben für Wehrzwecke vorgezogen. Damit ist der Haushalt für Heer und Marine noch um rund 40 Millionen höher als der des Vorjahres, aber er ist niedriger als der des Jahres 1928.

Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, daß das Reichskabinett einzig war, einen Betrag, wenn auch nur als sogenannter Uebertragungsbeitrag für den Panzerleazer B angesichts der Finanzlage in diesem Jahr nicht in den Reichshaushalt einnehmen. Dadurch ist die Gewähr gegeben, daß diese Frage, die zu politischen Differenzen hätten führen können, jetzt lediglich als eine Finanzfrage erledigt worden ist.

Bei den Einparungen im Reichsarbeitsministerium handelt es sich um die Beistufe für Wehrerinnen, die vom Reich an die Krankenkassen gezahlt werden soll. Der Reichsarbeitsminister hatte 24 Millionen Mark gefordert, es wurde aber nur die Hälfte bewilligt. Weitere Einparungen wurden ermöglicht bei den Kapitalabfindungen für Rentner.

Polizeiaktion gegen die Kommunisten.

Das Viehnechtshaus wird durchsucht.

— Berlin, 19. Februar.

Seit dem frühen Morgen war das Karl Viehnechtshaus am Blümlaplag, in dem sich die Zentralverwaltung der kommunistischen Partei Deutschlands befindet, von einem größeren Polizeiaufgebot besetzt und wurde aufs eingehendste durchsucht. Um das Gebäude war eine Kette von Volkspolizisten gezogen, die sämtliche Eingänge gelockert hielt. Große Menschenmassen hatten sich angemeldet, die teilweise eine drohende Haltung gegen die Polizeibeamten einnahmen.

Hierzu teilt der Polizeipräsident folgendes mit: Durch Befehl des vierten Strafenrats des Reichsgerichts vom 5. Februar 1930 in der Ermittlungssache gegen Unbekannt wegen Vorbereitung des Hochverrats ist die Durchsuchung des Karl Viehnechtshauses in Berlin, insbesondere der Abteilung Vertriebsleitung, angeordnet worden. Es handelt sich um die Verlegungsschriften „Was müssen wir Volkspolizisten jetzt tun?“ und „Volkspolizisten als Opfer des Young-Planens“ und um Material, aus dem sich ergibt, daß diese Schriften im genannten Gebäude hergestellt worden sind.

Minister Steiger im Preussischen Landtag.

Die Lage der Landwirtschaft.

— Berlin, 19. Februar.

Im Preussischen Landtag äußerte sich am Dienstag anlässlich der zweiten Beratung des Haushalts des Landwirtschaftsministeriums Landwirtschaftsminister Dr. Steiger über die Lage der Landwirtschaft. Er führte u. a. aus:

Bei der Lösung der Frage, wie Deutschland auf die Dauer die Reparationslasten aufbringen soll, werde der Gestaltung unserer Handelsbilanz eine steigende Bedeutung zukommen. Es erhebe ihm deshalb notwendig, die landwirtschaftliche Zollpolitik nicht nur auf den Schutz der Produktion der heimischen Landwirtschaft einzustellen, sondern sie mehr als bisher der Gestaltung der Handelsbilanz dienlich zu machen. Die Kosten des Youngplans werde Deutschland nur aufbringen können, wenn unser Ausfuhrüberschuss unseren Zahlungen an das Ausland entspreche. Dieser Ausfuhrüberschuss könne aber nicht allein durch eine Ersteuerung der Ausfuhr erreicht werden, daher müsse eine tunlichste Senkung der Einfuhr erfolgen.

Die Einfuhr von Waren, die auch in Deutschland erzeugt werden können, müsse möglichst auf Deutschland lenken gehalten werden.

Wenn hierbei auch vor allem die Landwirtschaft durch Senkung der Preise ihrer Produkte und durch eine bessere Absatzorganisation mitwirken müsse, so könnten derartige Selbsthilfsmassnahmen der Landwirtschaft doch nicht der Unterstützung durch die Zollpolitik entbehren. Der Minister wies dann auf die

Zollerhöhungen für Weizen und Butter

hin, um so den Druck, der gerade durch die Einfuhr dieser beiden Produkte besonders stark auf unsere Landwirtschaft lastet, zu vermindern. Zu berühren sei es auch, daß die im Sommer vorgeschlagene Zolltariffabelle auch eine Erhöhung des Kartoffelzolltariffs gebracht habe.

Auch hier seien aber ergänzende Selbsthilfsmassnahmen der Landwirtschaft notwendig, wie sie in ihren ersten Anfängen in der Markentarifbewegung zu beobachten seien.

Die Erhöhung des Zolles für Rindfleisch und Rindfleisch werde leider in ihrer Wirkung durch die im deutsch-schwedischen Abkommen enthaltene Bindung abgewandt, wonach ein Kontingent von 5000 Rindern zum alten Zolltariff bereingelassen werden müsse. Die Einräumung des Kontingents an Schweden habe bereits ähnliche Wünsche der Dänen ausgezöhlt. Doch müsse man von der Reichsregierung dringend verlangen, solche Wünsche abzulehnen, da sonst die Zollerhöhung überhaupt illusorisch gemacht würde.

Bei der Verringerung der Schweinezölle

sei der bedeutungsvolle Versuch gemacht worden, durch zolltarifliche Maßnahmen eine heilige Preisbindung zu fördern.

Der Minister betonte, daß die schwierige Lage der Landwirtschaft an den besten Stellen in den günstigsten Umständen Roggenzweck zum Ausdruck kommen. Die bisher ergriffenen Maßnahmen hätten ein weiteres Sinken des Roggenpreises nicht verhindern können, da das innere Abgabeproblem vernachlässigt wurde. Als einziges Mittel zur Hebung der Roggenalamittel sehe er eine verstärkte Verwendung des Roggens zu einem eigentlichen Zweck als menschliches Nahrungsmittel. Der Entwurf eines Brotgesetzes sei daher zu begrüßen. Es seien aber noch einschneidende Maßnahmen notwendig. Deshalb sei er für eine Beimgierung von 10 v. H. Roggenmehl zum Weizenmehl eingetreten.

Außerdem sehe es geboten, das Ausnahmingsverhältnis bei Roggen herabzusetzen. Die Landwirtschaft aber müsse den Roggenbau tunlichst einstimmen. Es erhebe nicht angängig, für Weizen geeignete Böden mit Roggen zu bestellen.

Der deutsch-polnische Roggenvertrag.

Quotenerhältnis 60 : 40.

— Berlin, 19. Februar.

In dem neuen deutsch-polnischen Roggenvertrag beträgt das Mengenerhältnis des von Deutschland und Polen durch eine gemeinsame Kommission zu exportierenden Roggens 60 : 40. Dieses Quotenerhältnis kann gewisse Veränderungen erleiden, falls die Quote eines Vertragspartners nicht voll ausgenutzt wird. Für Polens wird die volle nach dem Teilungsverhältnis ihm zuzehende Menge aus, so kann Deutschland bis zu 80 Prozent der gemeinsamen Roggenausfuhr beitreten. Im ungekehrten Falle kann Polen bis zu 60 Prozent an der gemeinsamen Ausfuhr beitreten.

Von Bedeutung ist, daß die Kommission, die mit der Regelung der gemeinsamen Roggenausfuhr beauftragt wird, keinerlei eigene Ermittlungsschritte obliegen darf. Die Tätigkeit des freien Handels ist nur insofern beschränkt, als dieser seine Geschäfte bei der deutsch-polnischen Exportquotenkommission anmelden muß, damit dort die Einhaltung der Quote und der vereinbarten Preise überwacht wird. Diese Bestimmungen sind deshalb eingeführt, um etwaigen Verletzungen nach Einführung eines Handelsmonopols entgegenzutreten. Die deutsch-polnische Zusammenarbeit ist vorläufig bis zum 1. Juli 1930 befristet.

Die gemeinsame Ausschüßung.

Volle Vertraulichkeit für die Verhandlungen.

Beilin, 18. Februar.

In der gemeinsamen Sitzung des Auswärtigen- und des Staatsrats-Ausschusses des Reichstages wurden die Verhandlungen über den Youngplan beim zweiten Punkt des Fragekomplexes, Moratorium und Schuldenlauf, fortgesetzt. Der Vorsitzende, Abgeordneter Heimann (Soz.) sprach bei Eröffnung der Sitzung die Bitte aus, die Verhandlungen möglichst zu beschleunigen.

Abgeordneter Brüning (Ztr.) beantragte darauf, die zur Aussprache stehenden Fragen vertraulich zu behandeln, damit die Regierung ohne außenpolitische Rücksichten ihre Ansuffragungen in aller Ausführlichkeit geben könne.

Die Abgeordneten Graf Helldorf (Dnal.) und Stoeder (Komm.) wünschsten Vertraulichkeit nur für bestimmte Minister-Erklärungen, während sich die Sozialdemokraten für den Antrag Brüning einsetzten. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten wurde vom Ausschuss darauf volle Vertraulichkeit für die Verhandlungen beschlossen.



Hugenberg bei Hindenburg.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den deutschnationalen Parteiführer Dr. Hugenberg, der ihm die Aufzählung der Opposition über Youngplan und Polenvertrag vortrug. Dr. Hugenberg beim Vertreter des Reichspräsidenten-Palais.

... kann stürzen über Nacht.

Die französische Regierung in der Kammer gestürzt.

Paris, 19. Februar.

In der namesentlichen Abstimmung über die vom Finanzminister Chéron gestellte Vertrauensfrage bezüglich der Abtrennung eines Artikels vom geplanten Finanzgesetz blieb die Regierung mit 281 gegen 286 Stimmen in der Minorität.

Die große Mehrheit von 60 bis 70 Stimmen, die die Regierung Tardieu bisher bei fast allen Vertrauensfragen erzielte, war schon bei der Beratung des Finanzgesetzes fast auf Null zusammengeschrumpft, wenn man berücksichtigt, daß die Abstimmung über die Vertrauensfrage bezüglich des Artikels über die Steuerherabsetzung für unbebaute Grundstücke nur durch die 23 Ministerstimmen zu Gunsten der Regierung ausfiel. Nach der ersten Abstimmung ging man zu der Beratung des Artikels 3 b über, in dem die Einstellung der nachträglichen Eingehung derjenigen Industrie-Geheimkammern gefordert wird, die noch rückständig sind. Finanzminister Chéron betonte, daß er auf diese Summen nicht verzichten könne und verlangte die Abtrennung des Artikels. Bei der Abstimmung wurde jedoch mit großer Mehrheit durch Handaufheben für den Artikel gestimmt. Ein weiterer Artikel behandelte die Steuerer-

klärungen der Kaufleute. Der Finanzausschuss verlangt, daß der selbständige Kaufmann, dessen Frau mit im Geschäft tätig ist, ein entprechendes Gehalt für diese Mitarbeit auf Unkostenkonto buchen und von der Steuererklärung absetzen kann.

Finanzminister Chéron, der bei der Abstimmung der oorbergehenden Artikel gescheitert worden war, stellte wieder die Vertrauensfrage. Um einer Entziehung des Vertrauens vorzubeugen, betonte der Finanzminister, daß die Aussprache nunmehr auf das Gebiet der allgemeinen Politik übergegangen sei. Er wandte sich an die Regierungsmehrheit und forderte sie zur Unterstützung der Regierung auf. Einen Artikel vom Gesamtgesetz abtrennen hieße nicht, ihn zurückweisen. Die Kammer schied darauf zur Abstimmung über die Vertrauensfrage. Bei der ersten gemeinschaftlichen Abstimmung ergab sich Stimmengleichheit, so daß nunmehr zur namesentlichen Abstimmung geschritten wurde, die Chéron das Vertrauen verweigerte.

Die Regierung zurückgetreten.

Die französische Regierung ist nach der zu ihren Ungunsten ausgefallenen Abstimmung in der Kammer zurückgetreten. Ministerpräsident Tardieu, der durch Krankheit aus Bett genesen ist, hat den Finanzminister beauftragt, dem Präsidenten der Republik schriftlich den Rücktritt der Regierung zu unterbreiten, um eine klare politische Lage zu schaffen.

Kabinettssturz unterbricht die Flotten-Verhandlungen.

Paris, 19. Februar.

Briand, der seine Abreise nach London auf Dienstag vormittag verschoben hatte, erklärte nach dem Sturz des Kabinetts Tardieu, daß ihm eine Rückkehr zur Flottenkonferenz nach London unmöglich sei. Nach Meinung der Pariser politischen Kreise werden die Londoner Verhandlungen durch den Sturz des Kabinetts einen Aufschub erfahren müssen, da der weitere Verlauf der Konferenz im Augenblick gerade wesentlich von der Aussprache über die französischen Flottenanleihe abhängt.

Das gestürzte Kabinet Tardieu hatte sich bei seiner Bildung vor allem die Regelung der Reparationsfrage zum Ziel gesetzt. Nach Ansicht des größten Teiles des französischen Volkes ist ihm dies auf der zweiten Haager Konferenz voll und ganz gelungen. Zu den weiteren Leistungen des Kabinetts gehört die Verlegung des Beginns des Haushaltsjahres vom 1. Januar auf den 1. April sowie die Durchschiebung eines Programms des nationalen Ausbaus für die nächsten fünf Jahre mit einem Kostenaufwand von 5 Milliarden Franken. Schließlich stand Tardieu zur Sünde in London in einem starken Kampf gegen Amerika und England um die Anerkennung Frankreichs als See- und Kolonialgroßmacht. Dabei war es ihm bereits gelungen, in der Frage der Abfassung oder Beibehaltung der Unterseeboote eine für Frankreich günstige Entscheidung zu erzielen, die französische Flottenbeschränkung als Grundlage für die weitere Aussprache der Konferenz zur Annahme zu bringen.

Pariser Blätterstimmen.

Die Morgenblätter, die spaltenlange Stellungnahmen zum Kabinettssturz veröffentlichten, sind sich darüber einig, daß die entscheidende Abstimmung über die Vertrauensfrage nicht bedeutungsvolle Fragen in der vollen und klaren Erkenntnis ihrer Tragweite erfolgt sei. Die Abstimmung sei der Ausdruck der Unzufriedenheit, die seit Beginn der Aussprache über den Haushaltsplan der Opposition geführt worden ist. Die dem Kabinet Tardieu fernschickliche Abstimmung habe die Minister durchaus nicht überrascht, schreibt

Der „Heit Parisien“.

Seit mehreren Tagen bereits ist gegen das Kabinet gearbeitet worden, wobei die Opposition die Meinungsverschiedenheiten ausgenutzt habe, die in zahlreichen Fragen zwischen dem Finanzminister und der Finanzkommission der Opposition ein günstiges Arbeitfeld geboten habe.

Das „Ego de Paris“.

Wendet sich voller Zorn gegen das Vorgehen gemäßigter Politiker, die die Enttarnung Tardieus zu ihrem Vorgehen ausgenutzt hätten. Der Abfall sei auf dem linken Flügel der Mehrheit, bei der tabulativen Winken und bei den unentschiedenen Radikalen erfolgt, zu denen sich, wie

Der „Matin“.

hinzufügt, die Unabhängigen von der Rechten gestellt hatten.

„Und so geschah es... Am Nachmittag fand Herr Hüting sich in der Oberförsterei ein, fast geheimnisvoll und sprach dann:

„Der Oberförster, was zählten Sie mit dafür, daß ich ein drogendes Anzeiger von Ihrem Haupte abgehändert habe? — Bitte, hören Sie mir einmal in Ruhe zu.“ — Das mit zog er den Bogen hervor und zeigte seinen alten Gösen mit theatralischer Stimme in dessen Inhalt ein — Rogalla geriet außer sich, fluchte und weitterte und samt darauf wie vom Schlag getroffen in einen Sessel.

„Nicht wahr, die Gade hätte sehr ernst werden können?“ rebete der Schreier eindringlich auf ihn ein. „Der Hauptmann kämpfer aus gerade bei dem Grafen war, so würde dieses Schriftstück gewiß nicht einfach auf den Alten gelegt worden sein. Zum mindesten wäre Ihre Stellung stark erschüttert worden, und wahrscheinlich würde die Staatsanwaltschaft mit hineingezogen werden.“ — Sie sind mir zu dank verpflichtet. — Was zählten Sie mir für diese Schandschrift, wenn ich Sie Jhnen hier lasse?“ — Rogalla lächelte auf, rief einem Gedächtnis aus seiner Brühlstraße und leuchtete.

„Da, nehmen Sie das einstweilen! — Nicht, daß ich mich vor einer Untersuchung fürchte, nein mein Gewissen ist rein, und alles könnte ich widerlegen, was dieser Burtsche da vorbringt, aber — Sie wissen, mir ist jeglicher Berge vom Arzt verboten worden. — Meine Ruhe möchte ich haben. Darum ist es gut von Ihnen, daß Sie so behandelt haben, mein better Herr Hüting.“ — Wir werden eine Falsche Wein zusammen trinken.“

Das geschah augenblicklich. Darnach fuhr der aufgedrachte Fortwärtler in seinem Jagdwagen nach Teerofen, um mit Jadamswi einen Kriegerzug zu halten. Nach kurzer Einleitung rief er aus:

„Sie werden einsehen, Freunden, daß wir beide verloren sind, wenn dieser gefährliche Kerl nicht sobald wie möglich für immer wieder geschickt gemacht wird. Sie erfahren aus meinem Bericht, daß er um unsere Hofgesellschaft und um manches andere weiß. Schlimmer als der finstige Geheimpolitiker scheint der Sattung mir zu sein. — Ins Jagthaus könnte er uns bringen, und das neue große Geschäft, das

Das „Ego de Paris“ nennt die abgeordneten Franckin Soeken, Jandre de Jels und Dormann als die Hauptstörer des Geschäfts.

Die Mehrheit der Blätter ist sich darüber einig, daß als zukünftiger Ministerpräsident Tardieu wieder in Frage kommt. Darnach wird als nächster Kandidat Briand genannt, der dann sein 18. Kabinet bilden würde.

Das „Ego de Paris“.

rechnet mit der Wiederkehr eines Kabinetts Tardieu-Magnin-Bernal. Die Verlöftigkeit Tardieus ist nach Ansicht des Blattes durch die Abstimmung in keiner Weise berührt worden.

Der „Matin“.

fordert wegen der Londoner Flottenkonferenz eine schnelle Lösung der Krise. Ihm scheint der Augenblick gekommen, ein Kabinet der republikanischen Konzentration zu bilden.

Den Einzigen, der im Hintergrunde steht und nach seiner Wiederbenennung zur Führung der komplizierten französischen Politik die erste Annahmschaft zu haben glaubt, Raymond Poincaré, nennen die Blätter nicht. Ist das Ablicht? Sie werden gewunnen sein sich mit früheren Ministerpräsidenten in Verbindung zu befragen.



Regierung Tardieu gestürzt.

Die Regierung Tardieu ist im Verlaufe der Finanzdebatte in der Kammer gestürzt worden. Das Stimmverhältnis, mit dem die Kammer der Regierung das vom Finanzminister Chéron geforderte Vertrauen verweigerte, war 280 gegen 281 Stimmen.

D. V. D. Bremens gegen neue Steuern.

Bremen, 18. Februar. Der Landesverein der Deutschen Volkspartei für die Freie Hansestadt Bremen landte an den Parteiführer, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, und an den Reichsfinanzminister Dr. Moltenhauer nachschickendes Telesgramm: Nach Zeitungsnachrichten beabsichtigt der Reichsfinanzminister, ein neues Programm zur Sanierung der Reichskasse vorzubringen und dazu anläßt der bei Jahresfrist in Aussicht gestellten Steuererhöhung neue Steuern in erheblichen Umlage vorzuschlagen. Dieses Vorgehen ist für die Deutsche Volkspartei unzulässig. Die Volkspartei fordert entschieden die Vermeidung des Abwandes der Steuern. Die Wirtschaft muß sehen, daß die Reichsregierung anerkennt, daß der Abminutionsschritt in finanzieller Belastung übergriffen ist und der Abbau beginnen muß. Dann wird billiger werdendes Geld den Beginn eines Aufstieges ermöglichen. Sonst führt das Jahr 1930 zu weiterer Krise und Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Eine grundsätzliche Reform der Erwerbslosenversicherung ist unummeidbar und muß erzwungen werden.

Von einer Räumungsvorbereitung nichts bekannt.

Mainz, 18. Februar. Aus Mainz ist eine Meldung verbreitet worden, daß nach dem jetzt vorliegenden Räumungsplan der Ministerpräsident nach und nach angeblich in weiß gedrückt werden soll, daß nur noch etwa 1000 Mann im Brückenkopf verbleiben. Hierzu ist mitzuteilen, daß bei den zuständigen deutschen Stellen von einer solchen weitgehenden Räumungsvorbereitung noch nichts bekannt ist.

Ves Freundes Schuld und Sühne.

Original-Roman von Ludwig Berger.

21

Eine Woche war seit jener Nacht verstrichen. Zu seiner Empörung stellte der Jäger fest, daß Jadamswi nicht nur völlig unbetrübt bleiben sollte, sondern den Fisch sogar auch behalten hatte und täglich mit Rogalla in Michaels Wirtschaft gedre. Da hielt er es für seine Pflicht, den Grafen über dieses Erlebnis wie über alles, was er bisher in seinem Dienst wahrgenommen, ausführliche Mitteilung zu machen. Bis her hatte er immer gehofft, Gelegenheit zu einem mündlichen Bericht zu finden. Allein der alte Herr schloß sich in letzter Zeit so lebend, daß er kein Schloß überhaupte nicht mehr verließ und auch nur in ganz besonderen Fällen jemand Zutritt gestattete. So hatte Wilhelm denn ein umständliches Schriftstück auf und schickerte in durchsichtige Weise, ohne jegliche Gefühlsregung oder Ueberhebung der eigenen Person, seine Erlebnis im Fortibus Confidential. Für jede der aufgestellten Behauptungen wollte er den Beweis der Wahrheit erbringen. — Ja, so gebot es ihm sein Pflichtbewußtsein. Er mußte so handeln, denn Ehre und Gewissen forderten es gebieterisch von ihm. — Ordnungsgemäß trat das Schreiben im Schloß ein.

Da nun der trantliche Graf bei seinem schwachen Augenlicht von den zahlreichen, täglich einlaufenden Briefschaften, meist Wittgejuben und allerlei Belanglosen, persönlich überhaupt nichts mehr las, so war es Scharf seines Sekretärs Hüting, die ganze Post sorgfältig zu prüfen und dann über alles Wortzug zu halten. Dieser Mann stand dem Oberförster recht nahe und leistete an Schwindeldiensten mehr als alle übrigen Angestellten in grafschaftlichen Diensten. Deshalb lag es ihm ganz fern, seinen Freund und die gleichgeinnten Fortiter hereinzuwagen. Er unterließ also einfach das Schreiben von Hüting, stellte es mit pfiffiger Miene in seine Tasche und sagte zu sich selber: „Deren Erbescheid mit mir, dir gewiß nicht unobdankt bleiben! — Du wirst Rogalla die Epistel heute vorlesen.“

Wollgarne find billiger geworden!

Die von mir geführten und sich gut bewährten

Magnetwollen
Hauswollen
Nomotta - Sportwollen

und alle anderen Fabrikate werden zu den herabgelegten **billigeren** Preisen verkauft

Wilhelm Weydanz

Bockbiermützen
auch für Kappenfeste
empfiehlt in großer Auswahl
Rich. Arnold, Leipzigerstr.

4 Ferkel

hat zu verkaufen
Allner, Burgstraße 3
Treff: **Donnerstag früh 8 Uhr**
vor der Weintraube
ein und empfehle

Riefen-Blumentohl
Apfelsinen 16, 14 Stüd
Schellfisch, Seelachs
3 Pfund 90 Pf.
grüne Heringe 4 Stüd.
90 Pf.
alles andere bekannt billig
Gustav Bernhard, Eilenburg

Freisch eingetroffen
Saure Gurken
Senf- und Pfeffergurken
Sauerkraut
Fettbücklinge
Brat- u. Bismarckheringe
Hering in Gelee
Lachs in Oel
Rollmöpse, Sardinen
Sprotten, Oelsardinen
Hering- und Fleischsalat
Otto Duinque, Kreuzstraße 15

Stroh

hat zu verkaufen
Neumann, Radtitz
Zwei gebrauchte
Nähmaschinen
billig zu verkaufen Markt 12

Die Glatze droht!



Das Arzt empfahl
Müllern des Haares
zu Dr. Müllers Haar-
wachs-Extrakt, be-
seitigt zuverlässig
Haarwund, Haar-
ausfall, Kopfschup-
pen, Juckreiz u. ver-
hindert frühzeitiges
Ergrauen. Neig. entwirrt.
Mit Od. ohne Fett. Packung
im 3/5 in all. einseitig. Geschalten zu haben, sendt
v. Hersteller Dr. Müller & Co., Berlin-Lichterfelde 1.
Wünnen im Hre Haar!

Bestimmt zu haben in Kemberg
Löwen-Apotheke

Markt „Blauer Hecht“ Markt

Am Sonntag, abends punkt halb 9 Uhr
Zwei gewaltige Spitzenfilme in einem Programm.

1. Der fliegende Mensch und König der Sensationen in
einem seiner größten Filme

Hände hoch hier Eddie Polo

Eddie Polo und der weltbekannte Kriminalist **Stuard
Webbs** arbeiten in diesem Film gemeinsam an einem
ganz schwierigen Fall

Ein Mord mit Diamantenraub ist aufzuklären

Wer von beiden Meistern die richtigen verfolgt, sehen
Sie in diesem überaus spannenden Film.

2. Der große Schlager der Saison

Die Todesflieger von San Franzisko

Ein atemberaubender Sensationsfilm aus der gegen-
wärtigen Zeit der Ozeanflüge. Das amerikanische Original-
Flugzeug P. H. 9 wurde für diesen Film zur Verfügung
gestellt. Pilot und Radiomann von der Besatzung filmten mit.

Außerdem ein herrlicher Naturfilm.

Schützenhaus Kemberg

Sonnabend und Sonntag

Haus-Fastnachten

Anstich von Schultheiss-Patzenhofer-Urbock
Küche und Keller bieten Spezialitäten in bekannter Güte

Sonnabend ab 7 Uhr: Unterhaltungsmusik

Sonntag ab 3 Uhr: **Grosser Fastnachtsball**
Erstklassige Ballmusik

ausgeführt von Mitgliedern der Reichwehrkapelle Jüterbog
welche uns allen noch vom Manöverball in angenehmer Erinnerung sind.

Stimmung wie immer **Neueste Schlager**

Um gütigen Zuspruch bittet **Karl Fröhnel**

Empfehle zu morgen

Donnerstag u. Freitag

von 1 Uhr an

frische Brezeln

Sermann Busch

Morgen Donnerstag
empfehle von 3 Uhr ab
in feinsten Qualität:
**Windbeutel u.
Schillerlocken**
mit Schlagsahne
Cremeschnitte
Apfelstrudel
Plunderhörnchen
ff. Pfannkuchen
Ernst Wend
Bäckerei - Conditorei
Telefon 338

Empfehle zum Peterstag,
Donnerstag und Freitag
frische

**Schaum- und
Fasten-Brezeln**
Bäckerei Matthes

Freitag von 2 Uhr ab
frische
**Schaum-, Fasten-,
Mohn- und Kümmel-
Brezeln**
D. Herrmann, Bäckerei

**Runkelrüben-
samen**
echte Stendorfer Riefen
empfiehlt billig
Rudolf Huhn

2 Läuferhäweine
find zu verkaufen
Wittenbergerstraße 61

Mädchen
sucht
Fran Bürgermeister Diebe

Reitssport - Verein
Donnerstag, den 20. Februar,
abends 8 Uhr im Ratskeller
Versammlung
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Stadttheater Wittenberg

Am Sonnabend, den 22. Februar, abends 8 Uhr im
Hotel „Blauer Hecht“

die schönste Operette von Leo Fall

Die Rose von Stambul

Operette in drei Akten.

Liddy Perlinski in der Titelrolle.

Preise: 1.80, 1.50, 1.— und 0.60 RM.

Vorverkauf: Buchdruckerei Arnold, Leipziger Str.

Der historische Großfilm

Die Seeschlacht am Skagerrak

Die größte Seeschlacht aller Zeiten, wie sie wirklich war.
Mit Begleitvortrag d. **Korvettenkapitän a. D. Diestel**
Teilnehmer an der Schlacht auf dem Schlachtschiff „Pose“,
einem der Führerschiffe der Hochseeflotte.

Nach amtlichem Material Zeitungsartikeln sehr günstig
Außerdem läuft der Film
Hindenburg auf der Sannenbergfelder in Ostpreußen.

Am Montag, den 24. Februar, 4 und 8^{1/2} Uhr im
Hotel „Blauer Hecht“ in Kemberg. Preise: M. 0,70 — für
Schüler 4 Uhr 30 Pf. Auch Jugendliche haben Zutritt
Veranstalter: Kapitänleutnant d. R. a. D. Mumm



Hallo! Stimmung und Humor

Der Verein **Eintracht Aetzig** veranstaltet
Sonntag, den 23. Februar, abends 7 Uhr, ein

Kappen-Fest

im feenhaft beleuchteten Saal
Starkbesetztes Orchester

Es ladet freudlichst ein Der Vorstand

Krieger- u. Militär-Verein Rolla

hält am Sonntag, den 23. Februar im Künzeischen Lokale
sein diesjähriges

Winter-Vergnügen

bestehend aus **Konzert, Theater und Ball**
ab, wozu Freunde und Gönner einladet Der Vorstand
Anfang 7 Uhr

Gelegenheits-Geschenke

empfiehlt in reicher Auswahl billigst

Richard Arnold, Leipziger Strasse 64

Rheuma

Ischias, Hexenschuss
Gliederreissen, Neuralgie
(Nervenschmerzen), Gicht!

Gern teile ich kostenlos ein einfaches Mittel mit, das mir und zahlreichen
Patienten in kurzer Zeit half. Ueber 3000 Dankbriefe. (Ich verkaufe nichts.)
Krankenschwester Margret Heber, Wiesbaden H 35

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages; / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Alliiertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreise: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung Streich also verliert jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise der ersten 15 Pfd., die Spaltenweise der Reklamezeile 40 Pfd., Ausnahmestellen 50 Pfd. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabe unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Laufen, zuzüglich Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 21

Donnerstag, den 18. Februar 1930

32. Jahrg.

Neues in Kürze.

* Das französische Kabinett Lardieu ist wegen einer Abstimmung über Finanzfragen gekürzt. Ueber die Nachfolge verhandelt noch nichts bestimmtes.

* Im dem neu abgeschlossenen deutsch-polnischen Roggenvertrag beträgt das Mengenverhältnis des von Deutschland und Polen zu exportierenden Roggens 60 zu 40.

* Am Preussischen Landtag hielt der Landwirtschaftsminister Dr. Steiger eine Rede, in der er sich sehr eingehend über alle einschlägigen Beschlüsse äußerte.

* Das Reichskabinett hielt eine Beratung ab; in der in der Saupflanze über Einparungsmöglichkeiten im Haushalt für 1930 verhandelt wurde.

Erste internationale Zoll-Konferenz.

Man kann nicht gerade behaupten, daß die Konferenz, die hier im Wölferbundsbaus am Montag zusammentrat, und über einen mehrjährigen Zollwaffenstillstand beraten will, unter günstigen Vorzeichen ihre schwierigere Arbeit beginnt. In sich der Zweck dieser Zusammenkunft, eine Übereinkunft über die Stabilisierung der Zölle auf dem augenblicklichen Niveau zu stande zu bringen, durch die Zollhöchungen der letzten Monate immertrotz in Frage gestellt. Eine beträchtliche Anzahl europäischer Länder hat ihre Zölle nämlich unmittelbar vor dem Beginn der Konferenz heraufgehoben, Schweden, Finnland, Italien, Deutschland, die Tschechoslowakei, Rumänien, Desterreich, Ungarn und, wenn auch in geringer Weise (Zölle für Automobile und Automobilzubehör) Frankreich haben ihre Zölle erhöht, und man kann sich hin und wieder des Verdachtes nicht ermahnen, daß diese Erhöhungen sich wahrscheinlich nicht so schnell und nicht unmittelbar nacheinander ergeben hätten, wenn nicht eben die Zollkonferenz vor der Tür läge und die einzelnen Staaten nun vor der Gesamtregelung noch reichlich die möglichen Zolleinnahmen, die sich vielleicht sonst im Lauf der nächsten Jahre als nötig erweisen hätten, von vornherein sichern wollten. Man kann natürlich diese Haltung vom Standpunkt des einzelnen Staates und der einzelnen Wirtschaft aus vollkommen verstehen, denen man nicht zumuten darf, um des Gelingens einer Konferenz willen wichtige nationalwirtschaftliche Interessen zu opfern. — aber auf der anderen Seite wird ein derartig auffälliges Zusammenreffen von Zollhöchungen vor einer „Zollrieberskonferenz“ auch nicht gerade die Aussichten auf ein gutes Gelingen des unternommenen Wertes steigern können.

Die Vorgeschichte der Konferenz ist nicht mehr unbekannt. Man weiß, daß die Idee zur „Trobe douanière“, wie man den Zollfrieden in Genf zu nennen pflegt, nach einer Rede des belgischen Delegierten Nomans vom englischen Handelsminister Graham in der letzten Wölferbundsversammlung aufgegriffen wurde, daß sodann der zweite Ausschuss der Wölferbundsversammlung sich näher mit der Frage eines Zollwaffenstillstandes auf zwei bis drei Jahre beschäftigte und daraufhin die Zollwaffenstillstand-Kommission dem Sekretariat und dem Wirtschaftsausschuss den Auftrag gab, eine allgemeine Zollkonferenz vorzubereiten und für das Abkommen, in dem sich der Zollfriede darstellen sollte, einen Entwurf auszuarbeiten. Das ist dann auch geschehen, der Entwurf liegt vor, wurde an die einzelnen Regierungen geschickt und diese dabei zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen. Alle europäischen Länder mit der Ausnahme Mexikos — von dem hohausche Jungen behaupten, daß es durch die italienische Delegation vertreten sei — wollen sich an der Konferenz beteiligen, von den außereuropäischen Staaten nur Japan und Cuba, während China, Brasilien und die Vereinigten Staaten einen Beobachter entsenden. Aus dieser Verteilung der Teilnehmerstaaten geht schon deutlich hervor, daß es sich hier um eine fast ausschließlich europäische Sache handelt. Diese Tatsache ist gewiß französisches Interesse nicht unerwünscht, denen von Anfang an daran gelegen haben mag, eine Übereinkunft auf betont festländischer Grundlage zu begründigen, die sich dann natürlich gegen Amerika richten würde. Weniger juristisch dürfen aber die Engländer sein, die schon der ganzen Natur ihres Empires nach unmöglich einen Zollfrieden mit einer weltumspannend indirekten Tendenz gegen überlebende Mächte einfließen können. — da ihnen vielmehr ein zollpolitisches Europa als offener Markt auch für außereuropäische Wirtschaften vorsteht. In diesem Zusammenhang verdienen übrigens die vor nicht langer Zeit in der Presse aufgetauchten Gedanken eines Zollwaffenstillstandes innerhalb des britischen Empires, also zwischen England und den Dominien, besondere Beachtung. Auch Deutschland, die dritte europäische Wirtschaftsmacht, wird sich schon um der Struktur seiner Wirtschaft und ihrer transatlantischen Beziehungen willen betrei-

licht davon hüten, irgendeine Bindung einzugehen, die eine Spitze gegen Amerika tragen würde. Nordamerika ist sich seinerleiets durchaus darüber klar, daß die Konferenz unter Umständen einen antiamerikanischen Akt enthalten könnte.

Doch werden sich für die kommende Konferenz nicht nur aus dem — konferenzpolitisch gesehen — misslichen Zusammentreffen von Beratungsbeginn und Zollhöchungen und aus den vielleicht zu erwartenden verschiedenen politischen Auswirkungen der Konferenzarbeit entscheidende Schwierigkeiten ergeben, sondern in viel konkreterem Sinne auch aus dem Konventionsprojekt selbst, dem die Konferenz die endgültige Form geben soll. Hier sei nur an drei wesentliche Punkte erinnert, in denen der Entwurf eine kluge Zurückhaltung übt und die Entscheidung der Konferenz überläßt. An die Frage des Stillstandes gerechnet werden soll, weiter der Dauer des Abkommens und schließlich an die Frage der Definition der Zollsätze, die dementsprechend nicht unter das Abkommen fallen sollen.

So geringfügig indes auch die Aussichten für einen tatsächlichen Zollfrieden oder Zollwaffenstillstand, — dem ja dann ein „Frieden“ folgen müßte — sein mögen, so ist doch die Konferenz ein Schritt in die Richtung der Zollfreiheit.



ren können, jetzt lediglich als eine Finanzfrage erregt worden ist.

Bei den Einparungen im Reichsarbeitsministerium handelt es sich um die Beihilfe für Wöchnerinnen, die vom Reich an die Krankenkassen gezahlt werden soll. Der Reichsarbeitsminister hatte 24 Millionen Mark gefordert, es wurde aber nur die Hälfte bewilligt. Weitere Einparungen werden ermöglicht bei den Kapitalabfindungen für Rentner.

Polizeiaktion gegen die Kommunisten.

Das Viehdiebstahlhaus wird durchsucht.

Des Berlin, 19. Februar.

Seit dem frühen Morgen war das Karl Viehdiebstahlhaus am Blümlaplatz, in dem sich die Zentralverwaltung der kommunistischen Partei Deutschlands befindet, von einem größeren Polizeiaufgebot besetzt und wurde aufs eingehendste durchsucht. Um das Gebäude war eine Kette von Polizeibeamten gezogen, die sämtliche Eingänge geperlt hielt. Große Menschenmassen hatten sich angesammelt, die teilweise eine drohende Haltung gegen die Polizeiergane einnahmen.

Hierzu teilt der Polizeipräsident folgendes mit: Durch Befehl des vierten Strafrichters des Reichsgerichts vom 5. Februar 1930 in der Ermittlungssache gegen Unbekannt wegen Vorbereitung des Hochverrats ist die Durchsuchung des Karl Viehdiebstahlhauses in Berlin, insbesondere der Verteilungsbüroausstattung, angeordnet worden. Es handelt sich um die Verteilungsschriften. Was müssen wir Polizeibeamte jetzt tun? und Polizeibeamte als Opfer des Young-Planes“ und um Material, aus dem sich ergibt, daß diese Schritte in genannten Gebäude hergestellt worden sind.

Minister Steiger im Preussischen Landtag.

Die Lage der Landwirtschaft.

Des Berlin, 19. Februar.

Im Preussischen Landtag äußerte sich am Dienstag nachmittags der zweite Beratung des Haushalts des Landwirtschaftsministeriums Landwirtschaftsminister Dr. Steiger über die Lage der Landwirtschaft. Er führte u. a. aus:

Bei der Lösung der Frage, wie Deutschland auf die Dauer die Reparationslasten aufbringen soll, werde der Gestaltung unserer Handelsbilanz eine steigende Bedeutung zukommen. Es erhebe ihm deshalb notwendig, die landwirtschaftliche Zollpolitik nicht nur auf den Schutz der Produktion der heimischen Landwirtschaft einzustellen, sondern sie mehr als bisher der Gestaltung der Handelsbilanz dienlich zu machen. Die Lasten des Youngplans werde Deutschland nur aufbringen können, wenn unter Ausfuhrüberhöhung unsere Zahlungen an das Ausland entspreche. Dieser Ausfuhrüberhöhung könne aber nicht allein durch eine Steigerung der Ausfuhr erreicht werden, daher müsse eine tariflose Senkung der Einfuhr erfolgen.

Die Einfuhr von Waren, die auch in Deutschland erzeugt werden können, müsse möglichst in Deutschland fern gehalten werden.

Wenn hierbei auch vor allem die Landwirtschaft durch Steigerung der Preise ihrer Produkte und durch eine bessere Absatzorganisation mitwirken müsse, so könnten derartige Selbsthilfemaßnahmen der Landwirtschaft doch nicht der Unterstützung durch die Zollpolitik entbehren. Der Minister wies dann auf die

Zollerhöhungen für Weizen und Butter

hin, um in den Dru, der gerade durch die Einfuhr dieser beiden Produkte besonders stark auf unserer Handelsbilanz laste, zu vermindern. Zu berücksichtigen sei es auch, daß die im Sommer veranschlagte Zollwelle auch eine Erhöhung des Kartoffelzolls gebracht habe.

Auch hier seien aber ergänzende Selbsthilfemaßnahmen der Landwirtschaft notwendig, wie sie in ihren ersten Anfängen in der Marktarbeitsfeld-Bewegung zu beobachten seien.

Die Erhöhung des Zolls für Rindfleisch und Rindfleisch werde leider in ihrer Wirkung durch die im deutsch-schwedischen Abkommen enthaltene Bindung abgemindert, was nach ein Kontingent von 5000 Rindern zum alten Zollfuß heringelassen werden müsse. Die Einräumung des Kontingents an Schweden habe bereits ähnliche Wünsche der Dänen ausgehört. Doch müsse man von der Reichsregierung dringend verlangen, solche Wünsche abzulehnen, da sonst die Zollerhöhung überhaupt illusorisch gemacht würde.

Bei der Verringerung der Schweinezölle sei der bedeutungsvolle Versuch gemacht worden, durch zolltarifliche Maßnahmen eine heilige Preisbildung zu fördern.

Der Minister betonte, daß die schwierige Lage der Landwirtschaft am deutlichsten in den bezüglich unzureichenden Roggenpreisen zum Ausdruck komme. Die bisher ergriffenen Maßnahmen hätten ein weiteres Sinken des Roggenpreises nicht verhindern können, da das innere Absatzproblem vernachlässigt wurde. Als einziges Mittel zur Verbesserung der Roggenlage sei eine verstärkte Verwendung des Roggens zu einem eigentlichen Zweck als menschliches Nahrungsmittel. Der Entwurf eines Brotgesetzes sei daher zu begrüßen. Es seien aber noch einschneidende Maßnahmen notwendig. Deshalb sei er für eine Beizenmenge von 10 v. S. Roggenmehl zum Weizenmehl eingetreten.

Außerdem müsse es geboten, das Ausnahmingsverhältnis bei Roggen herabzusetzen. Die Landwirtschaft aber müsse den Roggenbau tunlichst einschränken. Es erhebe nicht angängig, für Weizen geeignete Böden mit Roggen zu bestellen.

Der deutsch-polnische Roggenvertrag.

Quotenverhältnis 60 : 40.

Des Berlin, 19. Februar.

Im dem neu deutsch-polnischen Roggenvertrag beträgt das Mengenverhältnis des von Deutschland und Polen durch eine gemeinsame Kommission zu exportierenden Roggens 60 : 40. Dieses Quotenverhältnis kann gewisse Veränderungen erleiden, falls die Quote eines Vertragspartners nicht voll ausgenutzt wird. Für Polen nicht die volle nach dem Teilungsverhältnis ihm zulebende Menge aus, so kann Deutschland bis zu 80 Prozent der gemeinsamen Roggenausfuhr beitreten. Im umgekehrten Falle kann Polen bis zu 80 Prozent an der gemeinsamen Ausfuhr beitreten.

Von Bedeutung ist, daß die Kommission, die mit der Regelung der gemeinsamen Roggenausfuhr beauftragt wird, keinerlei eigene Vermittlungsgeschäfte abschließen darf. Die Tätigkeit des freien Handels ist nur insofern beschränkt, als dieser seine Geschäfte bei der deutsch-polnischen Exportquotenpolitik anmelden muß, damit dort die Einhaltung der Quote und der vereinbarten Preise überwacht wird. Diese Bestimmungen sind deshalb eingeführt, um etwaigen Veränderungen nach Einführung eines Handelsmonopols entgegenzutreten. Die deutsch-polnische Zusammenarbeit ist voraussichtlich bis zum 1. Juli 1930 betriebl.